

Ottendorfer Zeitung

Lokalanzeiger und Anzeigebblatt für Ottendorf-Okrilla u. Umg.

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1.10 RM einschließlich Trägertlohn. Im Falle höherer Gewalt (Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6 gefaltete nun-Zeile oder deren Raum 5 Pf. Alles weitere über Nachschlag ufm. laut anstehender Anzeigenpreisliste. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Bei fernmündlicher Anzeigenannahme wird keine Gewähr für Richtigkeit übernommen. Bei Konsum und Zwangsverkauf erfolgt jeder Nachschlag.

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-Verträge zu Ottendorf-Okrilla und des Finanzamtes zu Rabenberg.

Postfachkonto: Dresden 15488.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hermann Röhle, Inh. Georg Röhle, Ottendorf-Okrilla.

Abrechnungskonto: 551. — Fernruf 551.

Nummer 147

Donnerstag, den 15. Dezember 1938

37. Jahrgang

Das Land streift nach Arbeitern

Die Gefahren der Landflucht — Das Aufbauprogramm des Bauern — Landesbauernführer Körner sprach

Auf dem Kreisbauerntag der Kreisbauernschaft Leipzig gab Landesbauernführer Körner einen Rechenschaftsbericht über das Geleitete.

Er ging von der hohen Anerkennung aus, die Generalfeldmarschall Göring auf dem Reichsparteitag dem deutschen Bauer zollte, als er mit Stolz auf die übervollen Lager unserer Vorratswirtschaft hinwies, die eine Wackelkade gegen Deutschland von vornherein ausschließt. Diese Erfolge seien die Früchte der bereits 1934 begonnenen Erzeugungssteigerung, mit der der Bauer ein Vorkämpfer für den Vierjahresplan wurde. Die Landwirtschaft habe keine Opfer gesehen, um die Erträge auf allen Gebieten zu steigern. Die Aufwendungen lagen bei Getreide um 80, bei Raps um 88, bei Haal um 161, bei Phosphorsäure um 76 Prozent höher als 1932. Die Aufwendungen für Maschinen und Geräte stiegen von 136 Millionen Mark 1932 auf 463 Millionen Mark 1937/38; für Verbesserung der Wohn- und Stallgebäude wurden im letzten Wirtschaftsjahr 517 Millionen RM, ausgebracht gegen 360 Millionen Mark 1933. Dem Mehraufwand an Betriebsmitteln entsprach der Arbeitslohn.

So konnten auf einer geringeren Bodenschicht 25,9 Millionen Tonnen Brotgetreide geerntet werden gegen 21,9 Millionen Tonnen 1932. Die Erträge im Kartoffelanbau stiegen von 41,2 Millionen Tonnen im Durchschnitt der Jahre 1928 bis 1932 auf 55,3 Millionen Tonnen 1937, im Futterertragsanbau von 11,2 auf 15,7, im Futtermittelanbau von 28 Millionen auf 40,5 Millionen Tonnen.

Der Generatrag fiel im gleichen Zeitraum von 26,4 auf 37,5 Millionen Tonnen. Die Erzeugung an Schlachttiere stieg um 12, an Rindern um 10, an Milch um 15 und an Butter um 20 Prozent. Bei dem wachsenden Nahrungsbedarf unseres Volkes, namentlich infolge der Durchführung von sieben Millionen Arbeitslosen in den Arbeitsprojekten, sei jedoch die Lebensgrundlage des Volkes nach wie vor zu eng und müsse durch fortreifende Intensivierung und Leistungssteigerung der Landwirtschaft künstlich erweitert werden.

Mit Stolz stellte der Landesbauernführer fest, daß Sachsen auf allen Gebieten der landwirtschaftlichen Erzeugung über dem Reichsdurchschnitt liege, so bei Roggen um 18, bei Weizen um 9, bei Gerste um 16,8 Prozent und beim Hafer um 7,8 Prozent. Entsprechend hoch seien auch die Aufwendungen der sächsischen Landwirtschaft im Bau von Silos, Jauchegruben, Reu- und Umbo von Stallungen, für Düngemittel und Geräte. Zur Zeit werde ein großartiges Wasserlehen ausgebaut. Weltweit sei auch der Einsatz von Dampfmaschinen, für Saat- und Erntemaschinen usw.

In seinen weiteren Ausführungen wies der Landesbauernführer auf das Mißverhältnis in der Einkommensbildung zwischen Stadt und Land hin, die sich infolge einer unverantwortlichen und auf die Dauer nicht tragbaren Unterbewertung der Landarbeit herausgebildet und zu einer fortgesetzten Abwanderung von Arbeitskräften nach der Industrie geführt habe. Trotz aller Maßnahmen, die die Landwirtschaft von sich aus getroffen habe, sei sie noch längst nicht in der Lage, die Löhne zu zahlen, wie die Industrie sie zahlen könne.

Allein in Sachsen fehlten heute 40 000 händige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, d. h. rund ein Drittel. Dabei schreie der Acker nach Arbeitskräften, und der Stall nach viel mehr.

Die Ueberwindung der Landflucht sei die vordringlichste sozialpolitische Aufgabe unserer Zeit. Als ausschließliche politische Massenorganisation der Nation werde die Partei das Problem an der Wurzel packen und vom Gesamtvolk die Bereitschaft zur Mitarbeit auf dem Land herbeiführen. Das die Landwirtschaft tun konnte, habe sie getan. Namentlich sei der Vorkurs, die Wohnverhältnisse der Landarbeiter seien zu schlecht, völlig unbegründet. Die Beschäftigung aller Landarbeiterwohnungen von 2 000 landwirtschaftlichen Betrieben in Sachsen habe ergeben, daß 97 Prozent aller Wohnungen durchaus in Ordnung sind. Die restlichen drei Prozent würden in kurzer Zeit in einen guten Zustand versetzt sein.

An die Bauern richtete der Landesbauernführer den Appell, sich noch mehr der technischen Errungenschaften zur Erspargung von Arbeitskräften zu bedienen. Weiter seien in den einzelnen Dörfern Unterbringungsräume für landwirtschaftliche Hilfskräfte — Wehrmacht, Reichsarbeitsdienst, politische Leiter, HJ, Landdienst usw. — zu erstellen. Bereits heute seien 200 derartige Lager in Sachsen vorhanden. Das genüge aber nicht, da der Einsatz dieser Hilfskräfte auch für längere Zeit immer mehr ausgebaut werden müsse. Das Kernproblem sei allerdings die Frage der händigen Arbeiter, und das sei eine Erziehungsaufgabe der Nation.

Schweizer Abfuhr gegen üble Gerüchte und Methoden

Eine nicht gerechtfertigte Besorgnis

Der Schweizer Bundespräsident Baumann und Bundesrat Motta gaben im Schweizer Nationalrat Erklärungen ab, die sowohl eine scharfe Zurückweisung gewisser Schweizer Kreise bedeuteten, die sich in wilder Gerüchtemacherei überließen, als auch eine klare Anprangerung bolschewistischer und deutsch-feindlicher Brunnengestirter darstellten.

Der Bundespräsident versicherte den Eidgenössischen Räten bei der Beantwortung von Interpellationen, daß sie mit vollem Vertrauen darauf blicken können, daß die Bundesregierung und die ihr unterstellten Dienststellen nicht nur für die militärische und wirtschaftliche, sondern auch für die geistige und politische Verteidigung des Landes und seiner Unabhängigkeit besorgt seien. Der Bundesrat sei entschlossen, Gerüchten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Der neue Bundesratsbeschluss zur geistigen Landesverteidigung sehe auch eine Bekämpfung derjenigen vor, die durch willkürlich verbreitete Falschmeldungen die innere und äußere Sicherheit des Landes gefährden.

Bundesrat Motta, der Leiter des politischen Departements, sprach dann zu dem Thema „Propaganda“. Zunächst billigte er nochmals die in München gehaltenen Rede des Schweizerischen Gesandten in Berlin, Dr. Frölicher, und drückte diesem das volle Vertrauen des Bundesrates aus. Zur Angelegenheit der deutschen Studenten in der Schweiz stellte er fest, daß die deutschen Studenten die Weisung haben, sich in keiner Weise in die Politik des Nachbarlandes einzumischen.

Gefasel über eine Aufteilung der Schweiz

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam der Bundesrat dann auf die Verleumdungen gegenüber dem deutschen Geschichtsträger in Bern, Frhrn. von Vibra, zu sprechen. Diese Verleumdungen, so erklärte er, sind ein typischer Fall von Lügen zu politischen Zwecken. Sie gäben das passende Beispiel zu folgender abenteuerlicher Nachricht, die in der Schweiz herumgeboten worden sei: In mehreren deutschen Bahnhöfen, so hieß es, hätten zahlreiche Personen mit eigenen Augen Plakate gesehen, die verkündeten, daß zwei Millionen Deutsch-Schweizer eine baltische Besetzung erholten. Diese Meldung ist eine Schandtat. Sie ist durch den Moskauer Radiosender verbreitet worden, sie trug also das Zeichen der 3. Internationale und des Bolschewismus. Was die Verleumdungen gegenüber Herrn von Vibra betrifft, so gingen diese zuerst von „News Chronicle“ aus. Ich habe mich nach der Einstellung dieser Zeitung erkundigt. Man hat mir geantwortet, daß sie in gewisser Hinsicht noch weiter links stehe als das offizielle Organ der Labour-Party, „Daily Herald“.

Das genannte Blatt, fuhr Motta fort, hatte in sensationeller Aufmachung bekanntgegeben, daß Herr von Vibra von maßgeblicher reichsdeutscher Stelle den Befehl erhalten habe, dahin tätig zu sein, die Aufteilung der Schweiz vorzubereiten. Die deutsche Schweiz werde zu Deutschland geschlagen werden, der Tessin zu Italien und die Westschweiz zu Frankreich. Diese von der sozialdemokratischen und kommunistischen Presse sofort verbreitete Meldung hatte ein zühes Leben. Doch habe, vor ganz wenigen Tagen erste noch eine andere wohlbekannte Zeitung, das „Deutsche“ in Paris, zur Unterfützung herbeigeholt. Eine Journalistin, die ich aus Ehrfurcht vor ihrem Geschlecht nicht nennen möchte, die ich aber gut kenne, wiederholte die bereits von der englischen Zeitung veröffentlichte Nachricht und betonte, daß Herr von Vibra neuerlich der Titel eines Sonderkommissars für den Anschluß der Schweiz beigegeben wurde. Es handelt sich hier um einen charakteristischen Fall dessen, was die deutsche Sprache mit „Brunnengestaltung“ bezeichnet.

Ich wollte, sagte Motta dann, darüber ins Reine kommen, ich habe alle meine Beamten gefragt, die regelmäßige Beziehungen mit Herrn von Vibra unterhalten. Ihr Urteil lautet einstimmig:

„Herr von Vibra war stets annehmlich und korrekt und gegenüber, verständnisvoll, er hat uns oft gefolten, schwierige Fälle einer Lösung entgegenzuführen.“

Ich halte es für die Pflicht eines Ehrenmannes, mit Schärfe zu protestieren gegen die falsche Nachricht, die gegen einen Diplomaten gerichtet worden ist, der einer bei uns akkreditierten Gesandtschaft angehört.

Doch was halten Sie, meine Herren, von den Ausländern, die unter dem Vorwand, uns über die uns bedrohenden Gefahren aufklären zu wollen, uns um jeden Preis mit zweifelhafteren Nachrichten versehen wollen? Der Bundesrat ging hier mit diesen unterirdischen Hetzern scharf ins Gericht.

Jene Leute, so stellte er fest, die können sich nicht damit abfinden, daß sie nicht Europa und vielleicht die ganze Welt in den Abgrund eines allgemeinen Krieges führen sehen.

Motta ging dann zu Pressefragen über und sprach sich für das Zustandekommen einer Presseverständigung zwischen der Schweiz und Deutschland aus. Der Bundesrat machte dann allgemeine Ausführungen über die Schweizer Presse, von der er Objektivität und freiwillige Disziplin im Interesse des Landes forderte. Der Bundesrat schloß: Ich bin betroffen, meine Herren, ob der Verortheit, die sich gewisser Gegenden unseres Landes bemächtigt hat. Diese Besorgnis ist nicht gerechtfertigt. Eine nervöse und ängstliche Haltung ziemt uns Schweizern nicht.

Von maßgebender Schweizer Stelle ist also hier eines der zahllosen gegen Deutschland in Umlauf gesetzten Gerüchte als das entlarvt worden, was es ist: böseste Brunnengestaltung der Kreise, die sich das schneidende Mäntelchen der Friedensliebe umhängen, um im Trüben desto besser wühlen zu können. Mit aller Klarheit hat Bundesrat Motta dargelegt, daß an dem Gerücht über eine beabsichtigte Aufteilung der Schweiz kein wahres Wort ist. Der Führer hat sich mehrfach über Deutschlands Haltung zur Schweiz ausgesprochen. Wie groß aber noch immer der Einfluss einer jüdisch-bolschewistischen verfeuchten Presse ist, geht daraus hervor, daß diese einseitige deutsche Haltung in Schweizer Kreisen in Frage gezogen werden konnte. Auf die Gefahren, die aus der Pressebegehr erwachsen können, hat Motta hingewiesen. Wenn er dabei von einer deutsch-schweizerischen Presseverständigung spricht, so kann das keine Worte und ihre Bedeutung für das deutsch-schweizerische Verhältnis nur hervorheben.

„Jeder ist verdächtig“

Allgemeine Panikstimmung in Siebenbürgen
Unter der Ueberschrift „Jeder ist verdächtig, der lebt — Dies ist die Parole in Rumänien“ veröffentlicht das Achtuhr-Blatt des Graieser Bezirkes einen Eigenbericht über die Zustände in Siebenbürgen. Das Blatt stellt fest, daß dort eine wahrhaft allgemeine Panikstimmung herrsche als Folge der Aktionen der rumänischen Polizei.

In Siebenbürgen wage sich niemand mehr zu rühren, denn die Polizei-Gesetze halte praktisch jedermann für verdächtig, gefährlich und mit der Eisernen Garde verbunden.

In Klausenburg, das vor einigen Tagen durch einen Polizeikommando umschlossen worden ist, haben in den Aemtern und in Privathäusern Hausdurchsuchungen und Vernehmungen durch Polizeipatrouillen stattgefunden in der offenkundigen Absicht, die Bevölkerung mit allen Mitteln einzuschüchtern. Auch die Klausenburger Hochschulen mußten an diese Polizeipatrouillen glauben, die auch auf die theologischen Fakultäten ausgedehnt worden seien. Ausländische Theologiestudenten seien trotz gültiger Ausweisbescheinigungen binnen 24 Stunden ausgewiesen worden. Jene Studierenden, die dem Ausweisbescheid nicht innerhalb des vorgeschriebenen Zeitraumes Folge leisteten, seien mit Handzetteln an die Grenze gebracht worden.

Selbst das Kriegsministerium korrupt

Judenstandal in der Verwaltung der Roosevelt-Regierung

Die Einflußnahme der Juden auf die Verwaltung unter der Roosevelt-Regierung hat zu einem großen Bestechungsstandal geführt, der gegenwärtig in den Vereinigten Staaten viel von sich reden macht. Nachdem die Angelegenheit jahrelang verheimlicht und hinausgezögert wurde, läßt es sich nicht mehr vermeiden, nun endlich den Prozeß gegen die Juden Nathan und Josef Silverman zu eröffnen. Der Prozeß wirft ein eigenartiges Licht auf die seltsamen Begehungen dieser Juden zum Kriegsministerium der Roosevelt-Regierung. Das Kriegsministerium hatte den Juden 1934 Heeresgut zum Ankauf überlassen. Die Anklage wirft den Gebrüdern Silverman vor, dabei eine Reihe von Offizieren und Beamten des Kriegsministeriums bestochen zu haben. In der amerikanischen Öffentlichkeit hat es große Erregung hervorgerufen, daß es den Juden und ihren Freunden ermöglicht wurde, bis jetzt die Prozeßöffnung hinauszuzögern.

20 Jahre Zwangsarbeit für Frau Stoblin

Das Geschworenengericht des Seine-Departements in Paris, hat Frau Stoblin, genannt Pleviskaja, zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit und zehn Jahren Aufenthaltssperre verurteilt, nachdem die Geschworenen die Schuldfrage bejaht, in ihrer Mehrheit der Frau Stoblin aber mildernde Umstände zugestimmt hatten.

